Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

20 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonntag, 14. Dezember 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 Gm. in Berlin durch Boten

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichterscheinen besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Beiseitanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

14. 12. m Nr. 589 20 Pfennig
63. Jahrgang.

In der ganzen Welt arbeiten unsere Monteure für Metallisator Berlin-Neukölln

Ausklang in Rom.

Die letzten Beschlüsse des Völkerbundsrates.

Rom, 13. 12. (T. U.)

In der heutigen letzten Sitzung des Völkerbundsrates wurde nach dem Referat des japanischen Vertreters zur Frage des Ansiedelungsrechts der türkischen Bevölkerung in Konstantinopel und Thrazien der Antrag Frankreichs für Errichtung eines internationalen Kulturinstituts in Paris und der Antrag Italiens für Schaffung eines Instituts für die International-Erfassung des Privatrechtes angenommen. Die Ratstagung schloß um 12 Uhr 30 Minuten. Die Delegierten verlassen am Sonnabend abend Rom.

fr. Mailand, 13. 12. (Eigenbericht.)

Für die neugebildete Völkerbundskommission für die progressive Kodifizierung des internationalen Rechts ernannte der Rat heute 15 Mitglieder, darunter Professor Schücking-Deutschland, Lode-Polnisch, den Professoren des Internationalen Schiedsgerichts im Haag, Beloff-England, Hammarskold-Schweden, Diena-Italien, Fromageot-Frankreich, Wickersham-Vereinte Staaten. Außerdem gehören der Kommission Vertreter Argentiniens, Spaniens, Chinas, Japans und anderer Staaten an.

Um den Vorsitz der Kontrollkommission.

Rom, 13. 12. In der Frage der Bestellung der Vorsitzenden für die Militärkontrollkommissionen in Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien wurde in der Tagung des Völkerbundsrates keine Entscheidung gefällt. Allerdings hat Briand in Rom es nicht an Anstrengungen fehlen lassen, um dafür Stimmung zu machen, daß ein Franzose an die Spitze der für Deutschland zu bestimmenden Ueberwachungskommission komme. Diese Anstrengungen haben bisher zu keinem Erfolge geführt. Namentlich von englischer und italienischer Seite wurden starke Bedenken hiergegen geäußert.

Die Bedeutung der Reise Chamberlains.

London, 13. 12. (W. T. B.)

Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Sir Austen Chamberlain, kehrt heute nach aus Rom nach London zurück. Sein Besuch in Rom wird hier allgemein als äußerst bedeutsam betrachtet. Seine Teilnahme an der Sitzung des Völkerbundsrates habe gezeigt, welche Bedeutung die neue britische Regierung dem Völkerbund beimesse. Die Reise habe Chamberlain fernerhin in den Stand gesetzt, mit Herriot, Mussolini und anderen hervorragenden europäischen Staatsmännern persönlich Fühlung zu nehmen und mit ihnen die großen Linien und allgemeinen Strömungen hinsichtlich der Schwebenden und der künftigen europäischen Fragen zu erörtern. Man erwartet, daß Chamberlain in der kommenden Woche gelegentlich der Debatte im Unterhaus über die auswärtige Politik genauere Aufklärungen über die in Rom gewonnenen Eindrücke geben wird.

Litauische Parität.

Kowno, 13. 12. (W. T. B.) **In dem Memeler Putschprozeß wurde heute abend 9½ Uhr das Urteil verkündet. Von den sechzehn Angeklagten wurden neun zur Zwangsarbeit (Zuchthaus) verurteilt, und zwar erhielten Blumenau 12 Jahre, Keller und Böttcher, beiden Eigenfäß als Deutscher nicht anerkannt wurde, je 8 Jahre, Otto Balnus und Schwenzig je 2 Jahre und 8 Monate, Beck und Koralius je 2 Jahre, Iff ns und Stuhlert je 1 Jahr 4 Monate.**

Aus dem Inhalt der Beilagen.

Erstes Beiblatt:
Ahnung einer Jugendmende (Helmut Franke). — Ferne Weihnacht (E. v. Ungern-Sternberg). — Sport.

Zweites Beiblatt:
Sankt Nikolas geht durch Berlin. — Landwirtschaftliche Maschinen für Anatolien? (Von unserem n.-Berichterstatter in Angora). — Das Berliner Verkehrsproblem. — Der Volksiaus (Claus Wolff).

Drittes Beiblatt:
Das Auto als Luftler (Joachim Böhmer). — Jagen der Lebzeitlist (Hans-Rat Dr. Schmalz). — Zurück zur tropischen Eigenwirtschaft (Emil Zimmermann). — Im Jagdzeug zum Reichstag (Von unserem n-Berichterstatter in Kristiania). — Die Nationalitätenpolitik der Sowjetregierung (Dr. Otto Pilscher). — Albert — Albert! (Die Leiden obersächsischer Steuerzahler). — Der Prozeß des Reichspräsidenten.

Viertes Beiblatt:
Reichsbahnsahre für die Fährsorge (Regierungsrat Dr. Richter). — Die Millionenfluch der Zukunft (Dr.-Ing. Erich Gloeden). — Das „Kunstenkamp" zu Potsdam (Werner Schmidt-Gießer) — Ausschnitte, eine Zeitschriftenlese. — Schach.

„Welt und Werk":
Jilsum und Geldsmord (Prof. Eduard Sachsen). — Der Königsberger Jugendbund (Dr. Erich Janke). — Das aktuelle Buch: Paul Fechters Roman „Die Aktrice" (E. A. Greiner). — Das Herbstbuch: Prof. (Friedrich Carl Buy). — Der Kritiker (Kurt Mellier). — Der Weihnachtsbücherkisch.

„Kraft und Stoff":
Nur noch Celsius. — Bilder von der Berliner Auto-Ausstellung. — Berichte Graphik. — Die singende Flamme als Retter. — Die Leimsäfte als Kolloide (Dr. Kühl). — Was ist ein Kompressor Motor? (Dr. Simon). — Spirituosen als Motorenbrennstoff. — Neue Rasiubrzeuge. — Schalter in der Mitte.

„DAZ" im Bilde":
Der Kupferstecher Merian. — Politischer Bildbericht. — Rund um den Wunschzettel (Hans Gunter). — Rosenthipergellan. — Die Entwicklung des Automobils (J. Kehling). — Deutsch-Englischer Länderkampf. — Rätsel.

Rußlands Balkanpolitik.

Joffe über seine Wiener Sendung.

Moskau, 13. 12. (W. T. B.)

Joffe, der zum Sowjetgesandten in Oesterreich ernannt worden ist, erklärte vor der Abreise nach Wien einem Mitarbeiter der „Nowaja" daß die Meldungen, seine Ernennung nach Wien bezwecke die Ausbreitung der Propaganda in den Balkanländern, eine unsinnige Verleumdung seien. „Trotz aller Legenden über die Balkanpolitik der Sowjetregierung", sagte Joffe, „haben wir stets dem Volkan gegenüber die Stellung der wohlwollenden Nichteinmischung beibehalten. Ebenso unbegründet ist auch die Behauptung, die Sowjetregierung sei geneigt, irgendeine Partei in einem Balkanland gegen eine andere Partei zu unterstützen. Dies widerspricht der Politik der Sowjetregierung, die sich vom Grundsatz der Nichteinmischung leiten läßt. Die Sowjetvertretungen beschäftigen sich weder in Wien noch sonstwo mit Balkanangelegenheiten." Joffe erklärte, er werde in jeder Weise zur möglichsten Aufspürung des russisch-österreichischen Handelsverkehrs, der so glücklich angefangen habe, beitragen.

Italien und Jugoslawien.

Rom, 13. 12. (W. T. B.)

Der jugoslawische Außenminister Ninchitsch empfing heute vormittag Vertreter der italienischen Presse, denen er erklärte, der Zweck seiner Reise nach Rom sei vor allem der, einen Meinungsaustausch zwischen beiden Ländern über die allgemeine politische Lage in Europa und über einige beide Staaten interessierende Sonderfragen herbeizuführen. „Ich habe", führe der Minister fort, „im Laufe der Besprechungen feststellen können, daß auf beiden Seiten der aufrichtige Wunsch besteht, die Bande der Freundschaft und der durch den in Rom abgeschlossenen Freundschaftsvertrag vom Januar festerlich bekräftigten Allianz zu befestigen und enger zu knüpfen und zwischen den beiden Regierungen eine enge Fühlungnahme anbrechen zu erhalten. Der größte Teil der Fragen, deren Beratung Gegenstand der Konferenz von Venedig war, haben den gegenseitigen Wünschen und Interessen entsprechend geregelt werden können. Wir haben auch die albanische Frage berührt und sind übereingekommen, daß im vergangenen Juli abgeschlossene Uebereinkommen aufrecht zu erhalten, um eine Politik der Nichtintervention zu beobachten."

Die Zurückziehung des Sinclair-Abkommens.

fr. Mailand, 13. 12. (Eigenbericht)

Der ehemalige Wirtschaftsminister Corbino, unter dem im Frühjahr das Sinclair-Abkommen abgeschlossen wurde, hat an die Heimgeen ein Rechtfertigungsschreiben gerichtet, in dem er erklärt, es wäre falsch, daß die Sinclairs auf Grund der Gegenrechte der parlamentarischen Kommission zurückzutreten hätten. Das Gegenteil sei richtig. Die hätten ganz unabhängig davon dem italienischen Botschafter in Washington mitgeteilt, daß sie zurücktreten wollen. Corbino bedauert lebhaft, daß damit „der einzig mögliche und einzig ernsthafte Versuch, in Italien Petroleum zu finden, gescheitert sei", denn die italienischen Finanzgeiste wagten nicht, ihr Geld in italienischen Bohrungen anzulegen. Nach einigen Jahren werde man schon sehen, daß die fest unternommenen Versuche mit ungenügenden Geldmitteln und Bohrmaterial, daß vom Staat gefördert ist, zu nichts anderem führen würde, als dem Staat die ganzen Kosten aufzubürden.

Die deutsch-italienischen Verhandlungen.

Rom, 13. 12. (W. T. B.) Die beiden Delegationen für die deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen haben in den letzten Tagen verschiedene Sitzungen abgehalten, während deren sie ihre beiderseitigen Ansichten über die Grundlagen austauschten, auf denen der Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen beiden Staaten abgeschlossen werden kann. Nachdem festgestellt worden ist, daß grundsätzlich keine Meinungsverschiedenheiten hierüber bestehen, haben in der heutigen Sitzung ihre Wünsche und Vorschläge sowohl hinsichtlich des Vertragstextes als auch bezüglich der Grundsätze ausgetauscht.

Presseempfang bei Hainisch.

kbg. Wien, 13. 12. (Eigenbericht)

Bundespräsident Hainisch empfing heute die Vertreter der österreichischen und ausländischen Presse. Der Bundespräsident hielt an die zahlreich erschienenen Pressevertreter eine Begrüßungsansprache, worauf ihm im Namen der Pressevertreter ein Werner Journalist erwiderte und den Bundespräsidenten zu seiner Wiederwahl beglückwünschte.

Der österreichische Gesandte Riedl ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Das schwierige Heeresbudget in Oesterreich.

kbg. Wien, 13. 12 (Eigenbericht.) Die Verhandlungen der Regierung und der Parlamentsopposition über die Frage des Heeresbudgets dauern an. Es besteht noch große Schwierigkeiten, die heute auch zu dem Gerücht Anlaß gegeben haben, daß der Heeresminister Vaugoin seine Demission angeboten habe. Es besteht sich jedoch, wie von einer außerdem politischen Persönlichkeit versichert wird, nur um eine kritische Phase der Verhandlungen. Man erwartet mit Sicherheit eine Verständigung mit der Opposition ohne Veränderungen in den leitenden Stellen.

Beamtenabbau in der Tschechei.

kbg. Wien, 13. 12. (Eigenbericht)

Im Prager Parlament ist eine Regierungsvorlage über Sparmaßnahmen in der Verwaltung eingebracht worden, die den Abbau von 10 % der Staatsangestellten im nächsten Jahre vorsieht. Die Gesamtzahl der Staatsangestellten beträgt 242 000. Gestern haben wegen dieser Regierungsvorlage in Prag bereits Demonstrationen stattgefunden, bei denen die Polizei von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machen mußte.

Der Kampf um die Armee.

Verschärfung der politischen Lage in Frankreich.

sf. Paris, 13. 12. (Eigenbericht.)

Das Wochenende findet ein außerordentlich lebhaftes politisches Leben Frankreichs vor. Der Begriff des Ruhetages war in der französischen Politik von jeher nicht bekannt, sondern es spielen sich die wichtigsten politischen Ereignisse, Sitzungen der Kammer, Bankette, Reisen in die Provinz usw. besonders zu jener Zeit ab, wo die Engländer allwöchentlich feiern. Diese Unterstützungen hat sogar Herr Herriot wieder geworfen. Linkskartell und Rechtsblock stehen schärfer als bisher gegenüber, und die Kommunisten machen die lebhaftesten Anstrengungen, ihre Mächte sichtbar einer entsprechenden Verschärfung Ton, zahlreiche Flugblätter werden in den Fabriken verteilt und die Versammlungen folgen einander rasch. Als Beispiel dient die angebliche Gefahr eines französischen Faszismus, Daudet wird wie Millerand und Poincaré, Herriot wie Blum als Faszist bezeichnet. Mehrere Bürgerblätter bringen längere warnende Artikel und Enthüllungen kommunistischer Geheimnisse, Bilder aus der Budapester Schreckenszeit usw. Das Verhältnis zwischen den beiden großen politischen Gruppen hat sich während der Debatte betreffend das Militärbudget sehr verschärft. Einzelne Sozialisten machen ihrer Gegnerschaft gegen die Armee und die Gendarmerie Luft. Die bereits berichtet, wurde die Verweisung der Zahl der Offiziere der Infanterie um 5000 beschlossen, was nach dem Stand der gegenwärtigen Gesetzgebung gar nicht durchführbar ist. Obgleich der Kriegsminister den Antrag ablehnte, wurde er mit 282 gegen 275 Stimmen angenommen. Die Opposition stimmte für die Regierung und die Regierungsparteien stimmen gegen sie.

*

Der deutsche Botschafter v. Hoesch reist heute abend von Paris nach Berlin.

Luftverkehr Berlin—Paris.

Normung der Flugzeuge.

Zur Pflege von Unterhandlungen mit französischen Luftverkehrsgesellschaften zwecks Aufnahme einer direkten Luftverbindung Berlin—Paris weilt, wie wir bereits berichteten, zurzeit Dr. Wyneken vom Deutschen Aero-Lloyd in Paris. Wie der Aero-Lloyd mitteilt, nehmen die Verhandlungen einen günstigen Verlauf, so daß mit Erledigung der zur Zeit schwebenden Fragen, der deutsche Luftfahrer kommenden Montag Berlin, sowie nach Beseitigung der eigentlichen, noch bestehenden politischen Schwierigkeiten mit einer sofortigen Aufnahme des Luftverkehrs Berlin—Paris gerechnet werden kann. Wenn auch zurzeit schon eine Luftverbindung Berlin—Amsterdam—Paris besteht, so wurde die direkte deutsch-französische Linie Berlin—Paris doch eine wesentliche Verkürzung und Verbesserung des Verkehrs bedeuten.

Gleichzeitig weilen in Paris die technischen Leiter der dem internationalen Verbande der Luftverkehrsgesellschaften (International Air Traffic Association) angeschlossenen deutschen, holländischen, belgischen, englischen, französischen und kandinavischen Gesellschaften, um die im Laufe des letzten Flugjahres gesammelten technischen Erfahrungen auszutauschen, sowie über Normen für die modernen Verkehrsflugzeuge zu beraten. Der Verband hat für die allgemein in Aufnahme gekommenen mehrmotorigen Flugzeuge auf großen internationalen Strecken, zu beraten. Von deutscher Seite nahm an dieser Konferenz Dr. Grunich, der technische Leiter des Deutschen Aero-Lloyd, teil.

Urteil im Budapester Bombenwerferprozeß.

kbg. Wien, 13. 12. (Eigenbericht.)

Der Budapester Bankkomite Marffy und sein Gehilfe Marosi, die im vergangenen April im Ellsabethstädter Klub in Budapest Bomben geworfen und dadurch acht Personen getötet und 23 schwer verletzt hatten, wurden zum Tode verurteilt. Es wird angenommen, daß die Bewerfung in ein Freimaurerhaus eingeschlossen werden wird. Die Mitangeklagten erhielten mehrere Jahre Zuchthaus.

Amerikanischer Funkdienst.

New York. Devisen- u. Geldmarkt.

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	13. 12.	12. 12.		13. 12.	12. 12.
Ägypt. Pfund	nom.	31 ⅝	Amsterdam	40,25	40,21
Argentinien	28,30—28,35	28,82—28,82	Athen	4,99½	4,99½
Belgien	7,52 *)	9,5 *)	Madrid	19,96	19,96
Bulgarien	0,65 *)	0,5 *)	Oslo	17,74	17,56
London	4,8650	4,8687	Paris	5,02	5,024
Mailand	4,6750	4,6575	Prag	4,20½	4,20½
Montreal	4,6837	4,6575	Zürich	19,21	19,13
Paris	5,061	5,04	Wien	0,61	0,61

*) Wiederbeginn d. Ant.

New York. Produktenmarkt.

	13. 12.	12. 12.		13. 12.	12. 12.
Baumwolle	29	29	Getreidepreis	2,24	2,20
„ Liv.	21	21	Kupferexport	26,25	26,25
Mehl	10,50	10,55	Schmalz	17,75	17,25
Weizen	18,65	18,55	Zucker	10	10
„ Mai	18,15	17,90	Kaffee Rio	11,00	11,30
„ Juli	17,60	17,20	„ Santos	11,40	11,40
Kaffee	16,90	16,50	Kupfer Lake	15,50	16,90
Zucker	3,60	3,65	Zinn	6,50	6,50
Kupfer	13,00	13,21	Blei	4,70	4,50
Zinn	33,19	33,30	Petroleum	2,85	2,85
Gummi	23,76	23,68	Gummi Ver.	3,84	3,83
Kaffee	3,57	3,56	„ Liv.	3,14	3,14
Getreidefracht	43,000	80,000	Getreidefracht	2,93	2,93
Getreide-Index	142,14	141,14	Weizen	372	372
Mais	55,57	55,57	Mais	372	372
Hafer	9,12	9,12	Gerste	83,50	84,00
Roggen	7,30	7,30	„ Liv.	77,00	77,00
Gerste	22,25	22,25	Januar u. Sept.	29,50	29,60

	13. 12.	12. 12.		13. 12.	12. 12.
Chicago, ch.	184	18,1	Mais, ch.	7,50—7,75	7,50—7,75
Hafer	179	179	Gerste, Leip.	2 m. 6 d	2 m. 6 d
Mais	143	142	Kaffee	12 ct.	12 ct.

Chicago. Produktenmarkt.

	13. 12.	12. 12.		13. 12.	12. 12.
Weizen Dez.	162½	163	Schmalz, März	16,55	16,57½
„ Mai	167¼	168½	Speck, kurz	14,47½	14,25
„ Juli	158	159	Schweine	14,60	14,50
Mais Dez.	130½	130¼	Schweine, Packers	7,50	7,50
„ Mai	59½	59¼	Schweine, Packers	9,50	9,45
„ Juli	65	65	Schweine, Leichte	9,75	9,70
Hafer Dez.	38½	38½	Schweine, Schwere	10,05	10,00
„ Mai	42½	41½	Schweine, Packing	10,00	9,90
Schmalz	16,40	16,40	Schweine	98,000	102,000

Generale und Parlamentarier sagen aus.

Der Zeugenaufmarsch im Magdeburger Prozeß.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

B. R. Magdeburg, 13. 12.

Am Sonnabend wurde in der Verhandlung ein kräftiger Schritt vorwärts getan. Reichstagspräsident Wallraf, der zur Zeit des Januarstreiks Staatssekretär des Innern war, bezog sich bei seiner Aussage auf seine bekannte Reichstagsrede am 26. Februar 1918. Was der damalige Staatssekretär darüber wiederholte, daß die Sozialdemokratie den Streik hätte einhämmern oder verhindern können, ist und bleibt fichhaltig. Trotz des Hinweises auf den damaligen bayerischen Innenminister v. Dandl, der der Sozialdemokratie im bayerischen Landtag bestätigt hatte, daß sie durch ihr Eingreifen zur raschen Beendigung des Streiks beigetragen habe.

Von großer Bestimmtheit waren dann die Aussagen des 70 jährigen Generalleutnants v. Stein, der ergreifend die Wichtigkeit der Munitionsversorgung in den vier schweren Kriegsjahren schilderte. Berliner Sozialdemokraten haben ihn während des Krieges gehetzt, eine Metallarbeiterversammlung zu verbieten, weil sie fürchteten, von den Unabhängigen an die Wand gedrückt zu werden. Die Versammlung wurde verboten, aber Herr Scheidemann hat dann im Reichstag gegen dieses Verbot protestiert.

Der ehemalige Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements General v. Wrisberg zeigte, wie bereits eine ganze Anzahl von Zeugen in diesem Prozeß, die Neigung zu allgemeinen politischen Ausführungen. Er erinnerte u. a. an die Aeußerung des jetzigen sozialdemokratischen Abgeordneten Strobel, daß die Sozialisten kein Interesse an einem vollen Siege Deutschlands gehabt hätten. Der Hinweis darauf, daß Strobel damals ein Unabhängiger war, ist wohl für den Prozeßgegenstand im Hinblick auf die Person des Reichsfeindes von Bedeutung, nicht jedoch für die politische Beurteilung der Sozialdemokratie in ihrer heutigen Zusammensetzung, die sich mit jenen pazifistischen Elementen brüderlich vereint und deshalb durch deren Kriegsfinden mit belastet ist.

Herr Fehrenbach trat sehr warm für die patriotische Gesinnung des Reichspräsidenten ein und erzählte außerdem, daß dieser in den ersten Novembertagen 1918 ihm öfter gesteht habe, wie er auf die Partei und die Gewerkschaften eingewirkt habe, Streiks unter allen Umständen zu vermeiden.

Stärksten Eindruck machte die Aussage des Generalleutnants Groener, ehemaligen Chefs des Kriegsamtes. Mit allem Nachdruck wies der General darauf hin, daß Herr Ebert immer loyalen Beistand bei der Ausübung der Landesverteidigung gehabt habe. In den Tagen des Zusammenbruchs habe die Oberste Heeresleitung mit Herrn Ebert geradezu ein Bündnis geschlossen, was auch aus einem langen Schreiben Hindenburgs an den damaligen Volksbeauftragten Ebert hervorgeht, das verlesen wurde.

Der Reichsinnenministerdes David, neben Ebert der eigentliche geistige Führer der Sozialdemokratie während des Krieges, sagte über die allgemeine politische Haltung seiner Partei dasselbe wie alle früheren sozialdemokratischen Zeugen aus.

Auf den eigentlichen Prozeßgegenstand führten die Aussagen der ehemaligen Sozialdemokraten Unger und Franke zurück. Sie wiesen darauf hin, daß wohl unter den „Vorwärts"-Redakteuren Hilfeeding und Däumig ein gespanntes Verhältnis zwischen dem Parteivorstand und der „Vorwärts"-Redaktion bestehen habe; aber der spätere Chefredakteur Stampfer, der das Blatt bereits zur Zeit des Munitionsarbeiterstreiks geleitet habe, sei allezeit ein treuer Adlatus des Parteivorstandes gewesen. Dieser hätte, wenn er den fraglichen Artikel des „Vorwärts" nicht mit dem Stil des Aufsatzes erkennbar sei es vielmehr, daß er von Scheidemann selbst geschrieben wurde. — Hierbei entstand eine Verteidigung des Angeklagten, diesem gewiß nicht uninteressanten Hinweis auf den Grund zu gehen.

Am Schluß der heutigen Verhandlung verlas Heine einen Brief Eberts an seinen im Kriege gefallenen Sohn Gray vom Sommer 1917, in dem die damaligen Streiks als funktionär und als Parteiführer bezeichnet wurden die nur die Wirkung haben könnten, die Kämpfer an der Front zu gefährden.

*

Nach der Vernehmung Wallrafs und v. Steins — siehe im 3. Blatt — wurde die Beweisaufnahme folgendes Fortgang:

p. Wrisberg.

Generalmajor a. D., der 1918 das allgemeine Kriegsdepartement im Kriegsministerium leitete, erklärte auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Reichspräsident die Landesverteidigung geschädigt habe: Jeder Zug Arbeitsausfall in der Rüstungsindustrie war nie mehr aufzuholen. Der Krieg war nur noch eine Munitionsfrage geworden. Man stelle sich vor, was das bedeutete, wenn die Munition ausging. Der Streik in Deutschland mußte bei der Entente Zuversicht auslösen. Welchen Eindruck mußte das auf die Soldaten machen, wenn sie erfuhren: Die Heimat läßt uns im Stich! Schließlich kam noch ein Gesetz hinzu, daß durch den Streik die Arbeiter weiter radikalisiert wurden. — General v. Wrisberg sagte dann noch auf eine Bemerkung des Reichspräsidenten im Hauptausschuß aus dem Juli 1917 ein, in der sich Herr Ebert im wesentlichen mit den schlesischen Ernährungsverhältnissen und mit dem Mißerfolge des U-Boot-Krieges beschäftigte. Der Zeuge sagt aus dieser Rede die Folgerung, daß der Reichspräsident damit dem Lande geschadet habe. — Staatssekretär Naumann bestätigte, daß diese Rede Deutschland geschadet hat, so ist es doch notwendig gewesen, daß sie auch öffentlich bekannt geworden ist. Ist das denn der Fall gewesen? — Zeuge: Nein, das allerdings nicht.

Es folgte die Zeugenvernehmung des ehemaligen Reichskanzlers

Fehrenbach,

der während des Krieges von Mitte 1917 bis zum Juli 1918 Präsident des Reichstags gewesen ist. — R.-A. Heine: Ist ihnen bekannt, daß die Politik der Sozialdemokratischen Partei der Landesverteidigung abträglich gewesen ist? — Zeuge: Ich kann nur sagen, daß die Sozialdemokratie in ihrer großen Mehrheit — ich sehe von der Abstimmerei ab — vaterländisch gesinnt gewesen ist, wie nur irgendeine andere Partei. Ich bin auch der Meinung, daß die ganze revolutionäre Stimmung im November 1918 nicht getragen war von der Mehrheitssozialdemokratie. Ebert hat mir früher auch einmal erzählt, daß er mit Gewerkschaftsführern in dieser Zeit bis in die tiefe Nacht verhandelt hat, um den Generalstreik oder eine revolutionäre Bewegung zu verhindern.

Reichsminister a. D. Grüner

sagte folgendes aus: Mir ist nicht bekannt, daß die Sozialdemokratie irgendwie die Landesverteidigung geschädigt hat. Im Gegenteil, ich habe stets für Landesverteidigung bei Herrn Ebert das vollste Verständnis gefunden. — R.-A. Heine: Wissen Sie etwas über die Tätigkeit Herrn Eberts für den Zusammenhalt des Heeres nach dem Zusammenbruch? — Zeuge: Jawohl. Der jetzige Reichspräsident Ebert hat alles getan, um die Forderungen der Obersten Heeresleitung durchzuführen. Herr Ebert war damals im engsten Einvernehmen mit uns täglich die Lage durchgesprochen und sich bemüht, alles durchzuführen, was wir anregten und empfahlen. — R.-A. Heine: Ist Ihnen bekannt, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg war mit dieser Zusammenarbeit mit Ebert einverstanden. Er war auch damit einverstanden, daß wir damals mit Herrn Ebert ein Bündnis eingingen, Wir ist ein Brief bekannt, in dem Ex. Hindenburg Ebert gegenüber erklärt, er sei genau so, wie Herr Ebert, gern bereit, gewisse Empfindungen und Wünsche zurückzustellen zum Wohle des Vaterlandes, und mit ihm zusammenzuarbeiten. Der Zeuge bestätigte die Richtigkeit folgenden Briefes, den

Generalfeldmarschall v. Hindenburg an Herrn Ebert

damals geschrieben hat:

„Sehr geehrter Herr Ebert! Wenn ich mich in wenigen Zeilen an Sie wende, so tue ich dies, weil mir berichtet wird, daß auch Sie alle treuen deutschen Männer Ihr Vaterland über alles lieben unter Hintanstellung persönlicher Meinungen und Wünsche. Wie auch ich es habe tun müssen, um der Not des Vaterlandes gerecht zu werden. In diesem Sinne habe ich mich mit Ihnen verbunden zur Rettung unseres Heeres und zur Wiederherstellung unserer Ordnung. Ich möchte Sie erinnern an Ihren Aufruf vom 9. November, in dem es heißt:

„Die neue Reichsregierung kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihre bisherige Hand bieten. Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Land zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volk. Ein Verfagen der Organisation in dieser Stunde würde unser Vaterland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Helft also mit mit dem Vaterlande, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist".

In Ihre Hände ist das Schicksal des deutschen Volkes gelegt. Vom Ihrem Entschluß wird es abhängen, ob das deutsche Volk noch einmal zu einem neuen Aufstieg und zu einem neuen Dasein kommt oder ob es unter Ihnen und unter Ihrem Zutun und sogleich Lebens vollkommen zerfällt wird.

Hochachtungsvoll v. Hindenburg."

Der folgende Zeuge, Reichstvertreter und Reichsminister a. D.

Dr. David,

wandte sich gegen die Behauptungen des Zeugen Fritz über eine Aeußerung der Politik der Sozialdemokratie während des Krieges. Er erklärte: Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auch nach Ausbruch der russischen Revolution nach wie vor an der Landesverteidigung und an Bewilligung der Kriegskredite festgehalten. Herr Ebert hat das damals in der Oeffentlichkeit vertreten mit der Begründung, daß wir weiter bewilligen mußten, da auf der anderen Seite der Friedenswille fehlte. Herr Ebert ist auch stets den Pazifisten entgegengetreten und er hat klar und deutlich gesagt, daß ein Friede um jeden Preis gar nicht in Betracht kommen könne. Er hat nie die Hoffnung aufgegeben, daß die Situation, auch die militärische, sich noch einmal günstigen könne. Als dann der Zusammenbruch in Oesterreich und der Türkei kam, als das Versagen der Obersten Heeresleitung eintrat, war die Mehrheit der Fraktion dagegen, weitere Kredite zu bewilligen oder in die Regierung einzutreten. Herr Ebert hat sich trotz allem dafür eingesetzt, daß die Partei dem Lande auch dieses Opfer brachte. Das genügt wohl, um darzutun, daß die Behauptung, wir hätten unsere Pflicht vernachlässigt, falsch ist.

Nach der Vernehmung Ungers und Frankes wurde die Sitzung auf Dienstag morgen 9½ Uhr vertagt.

Stresemann leicht erkrankt.

Wie man hört, hat Dr. Stresemann für einige Tage ein Sanatorium aufgesucht, um sich hier von einer Grippe heilen zu lassen, die er sich im Wahlkampf zugezogen hat.

Nationale Verantwortung.

**Das politische und wirtschaftliche Interesse des Reiches erfordert, daß die Kabinettskrise mit möglichster Beschleunigung zu Ende geführt werde. Wie sehen nach wie vor keine andere Möglichkeit als die Bildung einer großen koalitionsfähigen Regierung. Auch das Ausland beginnt sich darüber zu wundern, daß bei der Berliner Berichte der „Vossischen Zeitung" und der „Neuen Freien Presse" zeigen, die „Times" erklärt, daß durch den Wahlausfall die Situation nicht geändert worden sei, der „Temps" hält die politische Lage Deutschlands für so „kostüm" wie zuvor. „Wir sind weit von dem republikanischen Sieg entfernt, mit dem man in demokratischen Kreisen gerechnet hatte." Pariser Blätter, die das deutsche Wahlergebnis nach innerpolitischen französischen Gesichtspunkten werten, wie das „Echo de Paris", sind mit der Festtellung erst recht bei der Hand, daß die Möglichkeit der Bildung des sogenannten Bürgerblocks heute größer als gestern sei. Da die Deutsche Volkspartei es ablehnt, nach der höchst geschmackvollen Propheszeung der „Glocke", „im Reiche aus der Hand der Linkspartei zu fressen, so wie sie jahrelang in Preußen aus der Hand Severings frißt", — die feldwebelmäßige Folge ihrer seit Monaten unbeirrt beigehaltenen Politik —, werden sich nun alle Bemühungen dem Zentrum zu. Mit beneidenswertem Optimismus lesen die Kreise, die ihr starkes Interesse an der Fortdauer der einzigen Krisen sehr schlecht verbergen können, aus dem Beschluß der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages Ablehnung des Staatsbürgerblocks im Land heraus, zu Willkürlichkeit haben die preußischen Zentrumsabgeordneten beschlußmäßig die Anschauung zum Ausdruck gebracht, daß sich in Preußen die große Koalition aus Zentrum Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten bewährt habe. Wir sind keineswegs dieser Ansicht. Das preußische Regierungssystem ist überdies von der Bildung einer großen Koalition unabhängig. Aber ob die große Koalition in Preußen sich bisher bewährt hat oder nicht, das präjudiziert der Zeitungsmeinung des Zentrums zur Regierungsbildung im Reich in keiner Weise. Wir haben Anlaß, zu glauben, daß dies nicht einmal für Preußen der Fall ist. Bei dem starken politischen Stau der Zentrumsfraktion dort als ausgeschlossen gelten, daß sie sich den staatspolitischen Notwendigkeiten verfagt. Personenfragen scheinen uns sowieso zweitrangig zu werden, wenn sich das Zentrum der Kanzlerfrage nicht zu stellen wünscht, so wäre auch unseres Erachtens die Führung des neuen Kabinetts durch den ersten Mann der Deutschen Volkspartei am Platze.

Außergewöhnlich wichtige außenpolitische Fragen stehen in den nächsten Wochen zur Entscheidung. Auch und besonders innerpolitisch stehen wir eine beschleunigte Kabinettsbildung für absolut notwendig. Die neue Regierung der bürgerlichen Volksparteien wird voraussichtlich die Verantwortung für den Eintritt in den Völkerbund übernehmen müssen. Der italienische Ministerpräsident Mussolini hat während der letzten 24 Stunden in Rom zu den Reisen in einer Senatsrede einige sarkastische Bemerkungen über die fummervolle Genfer Institution gemacht. „Ich hoffe niemanden zu verletzen, wenn ich sage, daß die Atmosphäre von Genf einigermaßen ihr Ermüdung und mit einer deutlichen Tendenz zum Mystizismus, die sich in den letzten Anwandlungen in der Politik weit stärker ausgeprägt. Ich will, daß sich die italienische Politik vom seinem Dunzichtwesen Hang befreit, sich eher um die anderen als um sich selbst zu kümmern." Das deutsche Urteil über den Völkerbund kann nur viel schärfer lauten, als es Mussolini formulierte, der als Gastgeber gewisse Rücksichten weiten lassen mußte. Mit dem Völkerbund ist vorläufig die Ohnmacht der Verzichtung Oberschlesiens, die Duldung der französischen Willkürherrschaft im Saargebiet, die Vergewaltigung des Memellandes, die Unterdrückung Danzigs durch Polen; er hat den Mächtigen gegenüber immer wieder versagt, ob es Italien in der Korfu-Angelegenheit oder England in Aegypten und im Sudan war.